حركة **رشاد**
Rachad Movement
Mouvement **Rachad**

www.rachad.org

Charta

der

Rachad-Bewegung

Für einen Rechtsstaat und gute Regierungsführung in Algerien

Veröffentlichungsdatum: 18 April 2007

(Übersetzung aus dem Französischen : Monica Hostettler)

Inhaltsverzeichnis

0. Zusammenfassung
1. Einleitung
2. Historischer Überblick
3. Illegitimität und Regierungskrise
4. Das heutige Algerien und die Notwendigkeit eines Umbruchs

    4.1. Zuspitzung des Militarismus
    4.2. Freiheitsbeschränkungen
    4.3. Politischer Ausschluss
    4.4. Rechtsmissbrauch
    4.5. Wirtschaftskrise
    4.6. Zerfall des Sozialsystems
    4.7. Identitätskrise
    4.8. Die Notwendigkeit einer politischen Alternative

5. Rachad und seine Ziele
6. Werte und Grundsätze von Rachad

    6.1. Der Rechtsstaat
    6.2. Legitimität
    6.3. Souveränität
    6.4. Zivilbereich
    6.5. Gleichberechtigung
    6.6. Sozialbereich
    6.7. Weitsicht
    6.8. Partizipation
    6.9. Effektivität
    6.10. Transparenz
    6.11. Rechenschaftspflicht

☎ +44 207 4020 004 – 🖷 +44 208 0825 271 – info@rachad.org
European Office: 61 Praed St, Office 47, London W2 1NS, UK

0. Zusammenfassung

Im Laufe seiner Geschichte hat das algerische Volk allen Formen von Dominanz standgehalten, ausländischer Besatzung sowie internem Despotismus. Es hat einen besonders hohen Preis gezahlt, um sich vom französischen kolonialen Joch zu befreien, mit der Hoffnung, einen souveränen, sozialen und demokratischen Staat, im Rahmen der islamischen Prinzipien, zu gründen.

Leider hat die Politik der Ermordungen von Oppositionellen, die bereits von der Militärsicherheit während der Revolution praktiziert wurde, und der Ausschluss im Sommer von 1962 der provisorischen Regierung, das algerische Volk gezwungen, unter dem Würgegriff des Militärs zu leben, welches eine Kultur von Putschen und von Staatsgewalt etabliert hat.

Die Einführung dieser verwerflichen Praktiken hat zur mehrdimensionalen Krise geführt, die in Algerien fortlebt und die verursacht wird durch: Die Monopolisierung der Macht durch einen Teil des Oberkommandos der Streitkräfte auf direkte Art oder hinter einer zivilen Fassade, die unter ihrer Kontrolle ist; die Verwaltung der politischen Landesangelegenheiten, hauptsächlich durch repressive Art und Weise, Verriegelung der politischen, gerichtlichen, sozialen, assoziativen Freiräume, sowie die der Medien; die offene Verachtung des algerischen Volkes und die Nichtanerkennung seiner Maturität und Kapazität Verantwortung zu tragen; die überhand nehmende Korruption, die sich durch die Aneignung der wirtschaftlichen und finanziellen Bereiche des Landes, von hohen Führungskräften ergibt; der faktische Verlust der nationalen Souveränität, auf politischer und wirtschaftlicher Ebene, trotz der irreführenden Slogans der regierenden Macht.

Die Staatsgewalt, die in Algerien seit der Unabhängigkeit und besonders seit dem Staatsstreich vom Januar 1992 grassiert, hat Algerien in ein Desaster geführt, dessen düsterste Merkmale die Eskalierung des Militarismus, die Freiheitseinschränkung, der politische Ausschluss, der Rechtsmissbrauch, der wirtschaftliche und soziale Rückgang und die Identitätskrise sind.

Es wird für das algerische Volk lebenswichtig eine Alternative für einen grundlegenden, verantwortungsbewussten Wandel vorzuschlagen, der seinen legitimen Überzeugungen, seinem Streben und seinen Ambitionen entspricht. Dies erfordert von den Initiatoren dieses Umbruchs Weitblick, Aufrichtigkeit, Selbstlosigkeit und Treue zu den essenziellen Werten unseres Volkes. Die Rachad-Bewegung entstand eindeutig um dieser Imperative zu entsprechen.

Durch diese Zielsetzungen, ihren Methoden und ihren Absichten ersucht Rachad ein populäres Instrument der Mobilisierung zu werden, um den Wandel durchzuführen, der den Algeriern letzten Endes erlauben wird in einem freien Land zu leben, in einem Rechtsstaat, der durch ein System von guter Regierungsführung verwaltet wird. Rachad wird danach streben, dass die politische Macht, die in der Zukunft in Algerien regieren wird, durch einen legitimen, zivilen, souveränen, gerechten, sozialen, weitblickenden, partizipatorischen, effizienten und transparenten Rechtsstaat gewährleistet wird.

Rachad ist keine politische Partei, denn sie glaubt, dass das amtierende algerische Regime keine echte politische Aktivität erlaubt, wo sich Ideen begegnen können, die den Algeriern erlauben ihre sozialen und bürgerlichen Verantwortungen auszuüben und in aller Freiheit jene zu wählen, die das Mandat haben das Programm zu verwirklichen, für das sie gewählt worden sind. Rachad lehnt es ebenfalls ab eine Partei in der heutigen politischen, algerischen Landschaft zu sein, um damit dem aktuellen Regime deutlich zu verstehen zu geben, dass Rachad nicht um eine Anerkennung betteln wird, die einerseits nicht nötig ist angefordert zu werden und die andererseits hervorheben würde, dass RACHAD nur eine x-te Partei wäre, zugelassen von der amtierenden Macht.

Rachad hat die Absicht ein politisches, soziales und intellektuelles Potenzial für den Zusammenschluss zu sein und strebt nach einer wirklichen Änderung des politischen Systems. Denn nur ein Umbruch könnte die Algerier vollends befreien und ihnen einen demokratischen Raum garantieren, mit einer aufrichtigen, politischen Konkurrenz im Interesse aller Algerier.

Rachad wird gewaltlose Wege benutzen, um seine Ziele zu erreichen. Rachad beabsichtigt alle Komponenten der algerischen Gesellschaft einzubeziehen. Rachad begrüsst jede Initiative, die darauf abzielt, Brücken zwischen den politischen Akteuren zu errichten und Vertrauensbeziehungen aufzubauen, um zu einem Zusammenschluss beizutragen.

Rachad ist sicher, dass der Rechtsstaat und gute Regierungsführung in Algerien zum konkreten Aufbau des Maghrebs beitragen werden, sowie zur Verstärkung der Bindung der Völker aus dem Mittelmeerraum, aus Afrika, der arabischen Welt und der islamischen Welt und zur Unterstützung des Friedens und der Stabilität in der Welt.

1. Einleitung

Algerien geht es nicht gut; es ist durch Despotismus und Korruption zernagt. Viele bestätigen es unaufhörlich erneut.

Jedoch sind diejenigen selten, die es wagen die Ursache anzuprangern, zusätzlich zu der Ungerechtigkeit, der Illegitimität, der Korruption und den sozialen Übeln, der unkontrollierten Beschlagnahmungen durch die Geheimdienste von Allem, was in diesem Land zählt.

Das algerische Regime hat sich seit der Unabhängigkeit im Wesentlichen nicht geändert, selbst wenn es sich anstrengt gelegentlich die Fassade zu erneuern. Um sein Überleben zu garantieren, hat es sich vergewissert, dass es die fast komplette Kontrolle über jede Form von Opposition hat, sei sie von politischer, religiöser, kultureller Art oder auf die Medien bezogen. Mit Hilfe der Korruption oder durch Belästigung, Druck und Repression zähmte es seine Oppositionellen, aber auch indem es die Opposition in Konflikte zwischen arabischen Nationalisten, Französischsprachigen und Berbern oder in Konflikte zwischen Islamisten und Laizisten und regionalistische Bigotterie hineinzieht.

Die Opposition ist bis zum heutigen Tag nicht in der Lage gewesen für diese inakzeptable und gefährliche Situation in Algerien eine glaubwürdige und mobilisierende Alternative vorzuschlagen, um den notwendigen Umbruch zu erwirken, der so sehr von den Algeriern erwünscht wird.

Unter diesen schwierigen Umständen braucht Algerien eine einigende und gewaltfreie Bürgeraktion um dem algerischen Volk wieder die Hoffnung auf eine würdevolle Zukunft, in Gerechtigkeit und in Freiheit, zu geben. Mit dieser Einstellung ist die Rachad-Bewegung lanciert worden, die die falschen Spaltungen zwischen Islam, Nation und Demokratie ablehnt und treu beabsichtigt die Grundsätze vom 1. November 1954 in ein Gesellschaftsprojekt zu integrieren, das auf den Überzeugungen und den Prinzipien basiert, die die Identität des algerischen Volkes bilden.

Das vorliegende Dokument zielt darauf ab zuerst ein solches Vorgehen zu erklären, die Grundsätze und die Ziele zu definieren und kurzum einen Aktionsrahmen für die Rachad-Bewegung vorzuschlagen.

Nach einem historischen Überblick in Kapitel 2, beschäftigt sich das 3. Kapitel mit der Regierungskrise und dem Fehlen von Legitimität, die das derzeitige algerische Regime charakterisiert. Kapitel 4 macht eine detaillierte Analyse der Situation in Algerien und zieht daraus die Schlussfolgerung einer notwendigen Änderung. Die Rachad-Bewegung wird in Kapitel 5 vorgestellt. Die Grundsätze auf denen Rachad beabsichtigt seine Aktion zu gründen, werden in Kapitel 6 beschrieben.

2. Historischer Überblick

Durch die geographische Lage war Algerien schon immer eine Schnittstelle zahlreicher Zivilisationen. Die Bevölkerungen dieses Landes sind für ihre Öffnung zu den Kulturen anderer Nationen bekannt, für ihre Verbundenheit zur Freiheit, ihrer Unabhängigkeit und ihrem erbitterten Widerstand gegen jegliche Besatzung oder Tyrannei, weswegen sie zu Recht den Namen Amazigh -der Freie- verdienten.

Die Geschichte Algeriens hat zahlreiche Episoden von heldenhaften Widerstandkämpfen gegen ausländische Besatzung gekannt, besonders gegen römische, vandalische, byzantinische und französische oder gegen die Tyrannei während bestimmten Etappen der Islamischen Epoche.

Das algerische Volk hat die aufeinander folgenden göttlichen monotheistischen Offenbarungen angenommen und sie mit großen Opfern verteidigt. Zahlreiche Stämme folgten der Religion von Moses (a.) und dann, mit der Ankunft der Botschaft von Messias Jesus (a.) zögerten diese Stämme nicht die neue Botschaft anzunehmen. Einige Jahrhunderte später ist es die Botschaft des Islams, die sich im algerischen Land verbreitet. Die Bevölkerungen dieses Landes haben diese Botschaft angenommen und beteiligten sich diese anderen Nationen von Afrika und von Europa zu übermitteln.

Durch den Zusammenschluss zwischen den Arabern und den Amazigh entstand eine einmalige Nation, die die Werte der Göttlichen Einheit, der Freiheit, der Ehre, und der Solidarität teilt. Ibn Chaldun beschreibt diese Nation für « ihre Ablehnung von Unterdrückung und von Schwierigkeiten, […] ihre errungenen Siege gegen die Prinzen der Welt, […] und ihre Ergebenheit zu Gott und seiner Religion». Aus diesem

Zusammenschluss ist eine neue regionale Entität entstanden: das islamische Maghreb.

Das algerische Volk legte den verschiedenen Versuchen der Beeinträchtigung seiner Integrität Steine in den Weg und hat die Verbundenheit an seine Identität während der langen französischen Besatzung gezeigt. Der Widerstand gegen einen französischen Kolonialismus, der schuldig der abscheulichsten Verbrechen ist, hat länger als ein Jahrhundert gedauert. Er führte zur gloreichen Revolution, die den französischen Kolonialismus beendete und die dem algerischen Volk die Hoffnung gab, "einen sozialen, demokratischen, souveränen algerischen Staat im Rahmen der islamischen Prinzipien" zu gründen, wie die Erklärung vom 1.November 1954 es klar darlegt.

3. Illegitimität und Regierungskrise

Die mehrdimensionale Krise, die weiterhin in Algerien fortlebt, ist auf folgende Faktoren zurückzuführen:

• Die Monopolbildung der Macht kurz nach der Unabhängigkeit und ihre Monopolisierung durch einen Teil des Oberkommandos der Armee auf direkte Art oder hinter einer zivilen Fassade, die unter seiner Kontrolle ist;
• Die Aneignung vom Front de Libération Nationale (FLN), eine Bewegung, die den glorreichen nationalen Befreiungskrieg geführt hat und ihre Instrumentalisierung um den tatsächlichen Machthabern zu dienen;
• Die Verwaltung, ausschließlich auf repressive Art und Weise, der politischen Landesangelegenheiten und die Liquidierung jeglicher Opposition, die die Bevormundung der regierenden Macht ablehnt - Ermordungen eingeschlossen;
• Die Verriegelung der politischen, rechtlichen, sozialen, assoziativen Freiräume und die der Medien;
• Die öffentliche Verachtung des algerischen Volkes und die Nichtanerkennung seiner Mündigkeit und der Kapazität Verantwortung zu tragen;
• Die überhand nehmende Korruption, die sich aus der Aneignung der wirtschaftlichen und finanziellen Bereiche des Landes von hohen Führungskräften ergibt;
• Der Verlust der nationalen Souveränität, auf politischer und wirtschaftlicher Ebene, trotz der irreführenden Slogans der regierenden Macht.

Die Politik der Ermordung von Oppositionellen, die bereits während der Revolution praktiziert wurde, kann als Vorläufer der Diktatur angesehen werden. Der Ausschluss im Sommer 1962 der provisorischen Regierung erzeugte die Entstehung der Kultur von Putschen und die Praxis von Staatsgewalttätigkeit. Die Militärinstitution, die sich in den Händen der Offiziere der Grenzarmee und ehemaligen Offizieren der französischen Armee befindet, hat sich allmählich der tatsächlichen Macht bemächtigt. Was die aufeinander folgenden Regierungen betrifft sind sie in Wirklichkeit nur eine politische Vitrine, deren Funktion exklusiv darin besteht, die laufenden Staatsangelegenheiten zu erledigen. Der Präsident hat in dieser Struktur eine Vermittlerrolle zwischen der Regierung und der tatsächlichen Macht, die in den Händen der Militärsicherheit bleibt.

Mit der Zeit hat das unantastbare Argument der historischen Legitimität seine Gültigkeit verloren. Der Sozialismus bildet keine glaubwürdige Absicherung mehr, die wachsende Arroganz der einzelnen Parteimitgliedern und die Verbreitung, in großem Maßstab, der Korruption, sowie die Verachtung und die Ungerechtigkeit gegenüber den Bürgern, haben eine Verschlechterung der Situation verursacht, die zu mehreren Aufständen führte, von denen der gewalttätigste die Explosion vom Oktober 1988 war. Diese Ereignisse enthüllten die echte Natur des Regimes. Die Militärchefs haben nicht gezögert in mehreren algerischen Städten auf die jungen ungeschützten Demonstranten zu schießen. Es gab hunderte von Toten. Sie zögerten ebenfalls nicht vor der systematischen Anwendung von Folter. Bis heute gab es keine offizielle Untersuchung, um die Verantwortung der in den Verbrechen verwickelten Sicherheitskräfte zu ermitteln. Durch diese schmerzhaften Ereignisse konnte das algerische Volk das echte Gesicht der militärischen Oligarchie entdecken und wozu sie fähig ist, um sich an der Macht zu erhalten und ihre Privilegien zu bewahren.

Diese Ereignisse, die den Zorn des Volkes gegenüber seinen Führungskräften zum Ausdruck brachten, haben radikal die sozi-politische Szene in Algerien verändert. Sie öffneten den Weg zum Mehrparteiensystem und zur Öffnung der Medien und der assoziativen Felder. Die Öffnung, dass hat sich erwiesen, war nur eine Ausflucht, die der Militärinstitution erlaubte, ihre Hegemonie über die Entscheidungszentren aufrechtzuerhalten. Das Regime hatte Rückgriff auf Infiltration,

Einschränkung und Spaltung der vor kurzem entstandenen politischen Parteien.

Der Sieg der Front National du Salut - FIS (Islamische Heilsfront) in den Kommunalwahlen vom Juni 1990 trat ein, um die Strategie der Machthaber zu vereiteln, die daraufhin gewaltigen Druck auf die Abgeordneten ausübten. Sie arbeiteten an der Korrumpierung der politischen Situation, die zu den Ereignissen vom Mai und Juni 1991 führten. Die Militärmacht hat, einmal mehr, auf Repression zurückgegriffen. Sie verhängte den Belagerungszustand, schoss auf die Demonstranten und inhaftierte die Führungskräfte und Militanten der FIS, die darauf in die ersten Haftzentren des Südens transportiert wurden.

Das Regime organisierte darauf die Parlamentswahlen im Dezember 1991. Es setzte auf die Spaltungen, die es innerhalb der Oppositionsparteien angestiftet hatte, auf den Überfluss unabhängiger Kandidaturen und auf die Instrumentalisierung der Parteien, die von ihm abhängig waren. Nichtsdestoweniger ließ das Volksurteil der Militärmacht keine Zweifel über sein Streben nach einen Umbruch. Die Militärchefs verschmähten den politischen Willen des Volkes und lehnten einmal mehr das Ergebnis der Urnen ab und sie entschieden sich für den Putsch vom Januar 1992, der Algerien in ein Blutbad und in Tränen stürzte und in massive Übertretungen der Menschenrechte.

Kurz nach dem Abbruch der Parlamentswahlen wurde die Entscheidung zur Auflösung der siegreichen Partei getroffen, zu Haftstrafen ohne gerichtliche Verurteilung von tausenden von Führungskräften und Militanten in Deportationszentren und zu systematische Folter und außergerichtlichen Hinrichtungen. Angesichts dieser Gewalttätigkeiten ist eine bewaffnete Opposition entstanden.

Die Macht hat eine Politik der Ausmerzung eingesetzt, die hauptsächlich auf vier strategischen Achsen basiert:

1. Die physische Liquidierung der Oppositionsführungskräfte;
2. Die Infiltration der Opposition;
3. Die Anwerbung von Zivilisten und die Einsätze von Milizen;
4. Die Suche nach Auslandsunterstützung mit dem Ziel, die Oppositionskräfte auf der internationalen Szene zu isolieren und auszumerzen.

Diese Strategie der Aufstandsbekämpfung vom *Departement du Renseignement et de la Sécurité* DRS (Auskunfts- und Sicherheitsdienst), zielte hauptsächlich darauf ab, das algerische Volk zu zähmen. Die Repression verblieb das einzige Mittel, um alle Oppositionskräfte mit politischen, kulturellen oder sozialen Forderungen, zu bändigen.

Die Junta an der Macht hat auf eine Reihe von Mitteln zurückgegriffen:

• Einschüchterung;
• Kündigung aus politischen Gründen;
• Terroroperationen und Zwangsvertreibung der Bevölkerungen;
• Politische Haft;
• Folter;
• Ermordungen und andere außergerichtliche Hinrichtungen;
• Verschwindenlassen;
• Massaker.

Die Berichte der Menschenrechtsorganisationen, der Presse, sowie die Geständnisse von hohen Führungskräften des algerischen Regimes heben hervor, dass dieser "schmutzige Krieg" das algerischen Volk einen fürchterlichen Preis gekostet hat, wie es die folgenden Zahlen bestätigen:

• 200.000 Tote - wovon die meisten während den kollektiven Massaker umgebracht wurden;
• Mehr als 18.000 Verschwundene, wovon die Mehrheit von den verschiedenen Sicherheitsdiensten entführt wurde;
• Tausende gefolterte und inhaftierte Personen;
• Mehr als eine Million Vertriebene;
• Mehr als 400.000 im Exil Lebende;
• Mehr als 20 Milliarden Dollar materielle Verluste und Schäden, die die Infrastrukturen betreffen;
• Vernichtung mehreren hunderttausend Hektar Wald durch Bombardierung.

Das algerische Volk hat einen hohen Preis für den Komplott des diktatorischen und repressiven Regimes gezahlt. Währendessen zeigte sich die Opposition unfähig den erhofften Umbruch zu verwirklichen. Die Irreleitung mancher bewaffneten Gruppen, die Infiltration durch die Geheimdienste von anderen Gruppen, sowie die Einsätze von "Selbstverteidigung" Kräften und die Bewaffnung von Zivilmilizen haben einen Krieg

gegen den Bürger ernährt und den Terror innerhalb der Bevölkerung verursacht.

Seit 1992 haben sich zahlreiche Stimmen erhoben, die auf der Notwendigkeit einer globalen politischen Lösung der algerischen Krise bestehen, eine Lösung, die auf dem Prinzip des Dialogs ohne Ausschluss basieren sollte, wie es beispielsweise die Plattform von Rom empfiehlt, die 1995 in Rom unterzeichnet wurde. Das Regime hat jedoch auf seiner Ausschlusspolitik bestanden und auf Alibis, wie die " Zivile Eintracht " im Jahre 1999 oder die "Charta für den Frieden und die Versöhnung" im Jahre 2005 zurückgegriffen, die keineswegs eine Lösung der algerischen Krise darstellen konnten, denn:

• Sie verherrlichen die Täter der unverjährbaren Verbrechen gegen die Menschlichkeit und verankern die Straflosigkeit, sie bewilligen ihnen eine absolute und bedingungslose Amnestie;
• Sie begrenzen die Natur des algerischen Konfliktes mit dem was das Regime "Terrorismus" oder "die nationale Tragödie" nennt und weichen der Identität der Verantwortlichen der Staatsverbrechen aus;
• Sie kriminalisieren jene, die sich gegen den Putsch vom Januar 1992 und gegen die darauf folgende, barbarische Unterdrückung erhoben haben;
• Sie bemühen sich die Opfer von erzwungenem Verschwindenlassen, von Folter, von außergerichtlichen Hinrichtungen, von Massakern und von willkürlicher Inhaftierung in den Lagern des Südens, mundtot zu machen;
• Sie bestrafen die algerischen Bürger, die auf ihre Verfassungsrechte bestehen, auf Redefreiheit und auf Rückgriff auf das Gesetz und verweigern einigen unter ihnen ihre bürgerlichen und politischen Rechte;

Das algerische Volk hofft bis zum heutigen Tag auf eine globale politische Lösung, die nicht die Verpflichtung auf kollektives Gedächtnis, Wahrheit und Justiz ignoriert.

4. Das heutige Algerien und die Notwendigkeit eines Umbruchs

Das Regime, das in Algerien seit der Unabhängigkeit und besonders seit dem Staatsstreich vom Januar 1992 grassiert, hat Algerien in ein Desaster geführt, dessen düsterste Merkmale die Zuspitzung des Militarismus, die Freiheitsbeschränkung, der politische Ausschluss, der Rechtsmissbrauch, der wirtschaftliche und soziale Rückgang und die Identitätskrise sind. Diese Einschätzung der aktuellen Situation in Algerien wird weitgehend durch zahlreiche Studien und Indikatoren von algerischen und internationalen Organisationen und Institutionen bestätigt.

4.1. Zuspitzung des Militarismus

In Algerien ist der Staat nicht die politische Institution, die das Verlangen der Wähler widerspiegelt. Er ist ein privates Instrument der Chefs der Geheimdienste, die die zivilen Eliten delegieren und somit das Prinzip der Unterordnung zur Armee akzeptieren.

Für das Oberkommando der Armee ist es die Militärinstitution und nicht das Volk, das Inhaber der Souveränität ist. Zusätzlich zu dem kolonialen Militärerbe, das sie auf die Kontrolle der Bevölkerung vorbereitet hat, behaupten diese Chefs, dass die Armee der gesündeste und vereinigendste Teil der Nation sei und folglich seine Einmischung in die Regierungsangelegenheiten, der Wirtschaft, den Handel, den internationalen Beziehungen, den politischen Parteien, der Zivilgesellschaft, den Medien, den Familienangelegenheiten, dem Bildungswesen, der Moschee usw. notwendig ist, um die besagt "nationale Sicherheit" zu gewährleisten.

Die Armee herrscht heute immer noch über das politische System in Algerien; sie ist im Besitz der Staatsressourcen, sie hat eine strenge korporatistische Identität, sie ist mächtiger als die Zivilregierung und besser organisiert. Der kontinuierliche Anstieg des Militärbudgets, das Wachstum von Militär- und Polizeipersonal und der massive Import von Waffen und von speziellen Technologien für die politische Kontrolle hat den Einfluss des Militärs über die Kontrolle der Bürger stark verschärft, so wie seine Autorität und Autonomie im Staat intensiviert. Die auf Repression zurückgreifenden Methoden haben sich ausgeweitet, um direkt in die politischen, wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen Probleme einzugreifen.

Im Gegensatz zur überkommenen Vorstellung hat die Herrschaft von Bouteflika in keinem Fall den Einfluss der Armee verringert. Das militaristische System und der Staatsterror sind intakt, ausgefeilter und stärker als je zuvor.

Wie es die Daten vom Stockholm International Peace Research Institute angeben, haben die Militärausgaben während des "blutigen

Jahrzehnts" plötzlich zugenommen und nehmen entgegen dem regionalen Durchschnitt seit 1999 weiterhin deutlich zu.

Das Innenministerium kündigte im Juli 2005 an, dass es 40.000 neue Polizeibeamte rekrutieren wird. Die Militarisierung Algeriens wird mindestens auf 30 Sicherheitskräfte pro 1000 Einwohner erhöht (alle Korps inbegriffen), was sieben Mal höher ist als der europäische Standard (4.5 Sicherheitskräfte pro 1000 Einwohner). Im Vergleich beträgt der weltweite Durchschnitt 6.94 pro 1000 Einwohner. Mitten im Bosnienkrieg gab es nur 18 Sicherheitskräfte pro 1000 Einwohner und der Indikator der Militarisierung beträgt 20 pro 1000 Einwohner unter amerikanischer Besatzung im Irak. Diese Tendenz ist 2006 durch das algerische Regime mit der Verdoppelung des Polizeipersonals bestätigt worden.

Während des Mandats von Bouteflika hat sich das Ausmaß der Nötigung der Bürger durch das Regime und die Kontrolle der Armee sogar im gesetzgebenden Bereich zugespitzt: 2006 hat das Strafgesetzbuch "die Infiltration von allen Organisationen und die Benutzung falscher Identitäten von Geheimdienstbeamten" legalisiert.

Die Ausschließung aus der nationalen politischen Szene von einigen Generälen im Jahre 2004 ist oft als ein Beweis gebracht worden, dass sich die Armee aus der Politik zurückgezogen hätte, aber es ist offenkundig, dass die Mehrheit der Offiziere, die am Staatsstreich vom Januar 1992 teilgenommen haben und die Inhaftierung, Folter, Verschwindenlassen oder die Massaker von zehntausenden von Bürger befohlen haben, sich immer noch an der Spitze der Militärhierarchie befinden. Der Rädelsführer vom Staatsstreich und Leiter vom DRS, Mohamed Médiène alias Toufik, wurde im Juli 2006 zum höchsten Grad der algerischen Armee befördert.

Seit September 2001 hat die Militärhierarchie unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung außerdem ihre Abhängigkeit gegenüber den ausländischen Mächten verstärkt, die die Quellen der Rüstung und der Militärausbildung sind (Training und Unterstützung). Die geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen dieser ausländischen Mächte sind ebenfalls der Emergenz einer wirklichen Demokratie in Algerien entgegengesetzt. Die Geschichte wird zurückbehalten, dass während dieser Periode die amerikanische National Security Authority (NSA), ein Abhörzentrum im Süden des Landes installiert hat, dass die CIA zusammen mit dem DGSE eine Alliance Base - ein Zweig vom Counterterrorist Intelligence Center im Jahre 2002 in Algier eröffnet haben (französisch-amerikanisch) und dass die algerische Armee am 1. November 2005 an den Militärmanövern mit der israelischen Armee in Gavdos (Griechenland) teilgenommen hat.

Die DRS bevormundet und kontrolliert weiterhin das politische und zivile Leben des Landes (Regierung, regionale und kommunale Behörden, Nationale Volksversammlung und Senat, die Parteien, ob an der Macht oder in der "Opposition", Gewerkschaften, Zivilgesellschaft, Presse, Moscheen usw.) und sie wird simultan das Instrument des Verlusts der nationalen Souveränität.

4.2. Freiheitsbeschränkungen

Algerien ist im Ausnahmezustand, der in Folge des Militärputsch von 1992 verhängt wurde. Er schränkt die Vereinigungs-, Versammlungs-, Meinungs- und Bewegungsfreiheiten ein. Die politischen Grundrechte, wie das Recht zum Wahlantritt oder das Recht eine politische Partei, eine Gewerkschaft oder eine Nichtregierungsorganisation zu gründen werden weiter verletzt. Unter dem Mandat von Bouteflika ist in Algier das Demonstrationsverbot erlassen worden und viele Demonstrationen im ganzen Land werden gewaltsam unterdrückt. Die Belästigung der Politiker, der politischen Organisationen und der NGOs, die das aktuelle Regime kritisieren, lässt nicht nach. Die Bewegungsfreiheit der algerischen Bürger wird weiterhin eingeschränkt. Den Bürgern sind Zugänge zu bestimmten Gebieten ihres eigenen Landes verboten, wie Hassi-Messaoud, die Enklaven geworden sind, die von der Armee im Dienst der multinationalen Erdölunternehmen bewacht werden.

Diese Feststellung wird durch die Indizien bestätigt, die die politischen Rechte und die Zivilfreiheiten in Algerien ermessen, welche von mehreren internationalen Organisationen veröffentlicht wurden. Diese Indizien zeigen dass Algerien kein freies Land ist und heben hervor, dass die Bouteflika-Ära bis zum Jahre 2007 keine Verbesserung auf diesen Ebenen gebracht hat. Zum Vergleich muss man feststellen, dass während derselben Periode, Länder wie Benin, Mali, Botsuana, Namibia in

Afrika oder Chile und Argentinien in Südamerika als frei eingestuft worden sind. Sogar Länder wie Marokko, Senegal, Ghana, Burkina Faso, Uganda und Tansania in Afrika, Kolumbien in Südamerika oder Bangladesh in Asien sind für diese Zeitspanne als teilweise frei eingestuft worden.

Die Situation der Pressefreiheit, die schon seit dem Putsch von 1992 durch Sicherheits-, Justiz-, Finanz- und strukturelle Instrumente eingeschränkt ist, hat sich allmählich nach der Wiederwahl von Bouteflika angespannt. Mehrere Zeitungen sind vorübergehend eingestellt worden und Journalisten sind zu Geld- oder Gefängnisstrafen verurteilt worden wegen politischen Kritiken, Aufdeckungen über Korruption oder Übertretungen der Menschenrechte. Diese qualitative Feststellung wird durch die Maßnahmen der Pressefreiheit zur Geltung gebracht, die anzeigen, dass es zum Beispiel eine größere Pressefreiheit in Mali, in Botsuana oder in Uganda gibt, als in Algerien.

4.3. Politischer Ausschluss

In Bezug auf die Beteiligung an der Beschlussfassung in den Landesangelegenheiten bleibt das algerische Volk ausgeschlossen. Wenn seit der Unabhängigkeit dieser Ausschluss nicht direkt durch Militärputsche praktiziert wird, geschieht es indirekt durch illegitime Vermittler und illegitime Institutionen.

Der Wahlbetrug korrumpiert weiterhin das nationale politische Leben. Die parlamentarischen und kommunalen Wahlen waren weder ehrlich (partisane Verwaltung, ungesetzliche und ungleiche Wahlaufgliederungen, nicht transparente Stimmenzählung, ungleiche und Zwangsbehandlung der Parteien, der Kandidaten und der Wähler), noch frei (begrenzte Freiheit der Meinungsäußerung, der Vereinigung, der Wahlteilnahme, der Zugänge zu den Urnen und der Verschweigung der Unregelmäßigkeiten).

Das algerische Volk ist sich in seiner Mehrheit bewusst, dass Wahlen und Volksabstimmungen keine Ereignisse sind bei denen es seinen Willen ausübt und seine Entscheidungen trifft. Sie dienen, wie im kolonialen Zeitalter, nur um den Willen der herrschenden Macht zu legitimieren und das System der Schaufensterdemokratie fortzusetzen. Darauf reagiert das Volk dann mit Stimmenthaltung und Gleichgültigkeit. Seit dem Putsch von 1992 ist dieses kontinuierlich der Fall, wie es der Prozentsatz der Wahlteilnahme zeigt. Diese Tendenz ist weitgehend bei der letzten Volksabstimmung für das "Projekt der nationaler Versöhnung" bestätigt worden.

Die algerische Gesellschaft wird auch über die para-politischen Organisationen an der Teilnahme der Landesverwaltung ausgeschlossen (die Gewerkschaften und die so genannten Assoziationen der Zivilgesellschaft), die systematisch infiltriert, kooptiert oder von der DRS völlig kontrolliert werden. Ein großer Teil dieser Assoziationen der Zivilgesellschaft sind finanziell gänzlich vom Regime abhängig, sie existieren nur für ideologische oder politische Zwecke des Regimes (Wahlunterstützungen, Kulissenspiele, Division und Schwächung der gewerkschaftlichen, sozialen oder kulturellen Bewegungen, die ein Bestreben nach Unabhängigkeit haben, Manipulation der ausländischen Delegationen usw.) oder für die Erdöl-Rente. Den Vereinen wird erlaubt den Raum zwischen der Macht, den Parteien und der Gesellschaft einzunehmen. Sie tragen dazu bei, einen Konsens zu bilden, der die unterschiedlichen Interessen der verschiedenen Segmente der Gesellschaft integriert und in Einklang bringt. In Algerien wurden sie zum sozialen Zweig der DRS. Die verschiedenen Gewerkschaften und Vereine, die versuchen, ihre Unabhängigkeit zu betonen, werden systematisch unterdrückt.

4.4. Rechtsmissbrauch

Die Gesamtheit der Rechtskomponenten in Algerien, vom Grundgesetz der Verfassung bis hin zu den Sicherheitsdiensten, die beauftragt sind über die Einhaltung der Gesetze zu achten, sowie der gesetzgebende Apparat, d.h. das Parlament und die Justiz, waren immer Instrumente in den Händen der Machthaber, die sie modellieren und zu ihrem Interesse nutzen.

Algerien ist seit der Unabhängigkeit bei seiner fünften Verfassung. Die erste Verfassung, die 1963 durch Volksabstimmung angenommen wurde, ist 1976 unter dem Regime von Oberst Boumédiène abgeändert worden, um einen legalen Rahmen für die "sozialistische Diktatur" vorzulegen. Sie ist 1986 ein zweites Mal verändert worden, um den steigenden Zorn des Volkes zu absorbieren. Oberst Chadli wurde Aufgrund der Unruhen vom Oktober

1988 gezwungen zwei Revisionen der Verfassung durchzuführen. Die Erste im November 1988 , die theoretisch die politische Rolle der Armee reduziert und die Zweite im Februar 1989, die das Mehrparteiensystem verankerte. Die Revision von 1989 hat hinsichtlich der Bürgerrechte einen echten Fortschritt dargestellt, aber sie wird leider kurzlebig sein. Während des Staatsstreichs vom Januar 1992 wird sie eingefroren und darauf 1996 unter dem Regime des Generals Zeroual umgestaltet, um das auferlegte System der Putschisten zu verankern. Zehn Jahre später ist es Bouteflika, der mit großem Prunk eine Kampagne einleitet, um die Revision der Verfassung zu erreichen.

Seit der Unabhängigkeit waren alle folgenden algerischen Parlamente - abgesehen von dem Parlament, welches aus den Wahlen vom Dezember 1991 entstand und welches sein Amt aufgrund des Staatsstreichs vom Januar 1992 nicht ausüben konnte - nur eine Abfertigungskammer, die mehr an den materiellen Vorteilen ihrer Mitglieder interessiert war, als Gesetze im Interesse der Bürger zu erlassen und zu kontrollieren.

Das algerische Rechtssystem ist in seiner Quasitotalität ein koloniales Erbe. Bei der Unabhängigkeit des Landes wurde das französische Rechtssystem durch ein Gesetz vom 31. Dezember 1962 fortgeführt " außer in den Bestimmungen, die im Widerspruch zur nationalen Souveränität stehen ".

In der Praxis und bis 1975 blieben die französischen Gesetzbücher gültig, die Verkündung von neuen algerischen Gesetzestexten hat im Grunde das Rechtssystem nicht verändert. Während sich aber das französische System gemäß den Veränderungen der Gesellschaft weiterentwickelte, fuhr sich das algerische Rechtssystem derart fest und veralterte, dass die Rechtsbestimmungen, die vom französischen Gesetzgeber erlassen wurden, um den Erfordernissen der Aufstandsbekämpfung während der algerischen Revolution zu entsprechen, wortwörtlich von dem Regime übernommen wurde, das auf den Militärstaatsstreich vom Januar 1992 zurückzuführen ist, um "den islamistischen Terrorismus zu bekämpfen".

Schon zur Zeit der Unabhängigkeit ist die Justiz theoretisch als "ein Instrument" unter der Bevormundung vom Einparteiensystem konzipiert worden, aber in Wirklichkeit ist sie im Dienst der Militärmacht und seiner Hilfstruppen. Der essenzielle Grund für diesen Glaubwürdigkeitsmangel der algerischen Justiz ist, dass das Primat des Rechts fehlt. Es war nie der Willensausdruck der frei gewählten Vertreter der algerischen Bürger, sondern der Ausdruck von denen, die an der Macht sind.

Sowohl die Unterwürfigkeit und die Korruption waren und bleiben die zwei wesentlichen Eigenschaften der algerischen Justiz und auch der Sicherheitsdienste, die beauftragt sind, dafür zu sorgen, dass die Gesetze beachtet werden, aber hauptsächlich als Instrumente für Unterdrückung und Dominanz der Gesellschaft konzipiert worden sind.

Die wenigen Versuche des Regimes "den Justizapparat" zu reformieren, sind im Übrigen immer flüchtig geblieben und haben sich in der Tat als Vergeltungsakte zwischen den verschiedenen Clans an der Macht herausgestellt, um deren Kontrolle zu gewährleisten.

4.5. Wirtschaftskrise

Die Position war Anfang der Neunzigerjahre extrem prekär besonders wegen dem unerträglichen Niveau der Auslandsverschuldung und den niedrigen Erdölpreisen. Dank der Preisexplosion des Erdöls und einer aufgezwungenen Radikalkur durch die IWF und der Weltbank - mit den verheerenden Auswirkungen auf den Sozialplan- konnte Algerien ein makroökonomisches Gleichgewicht herstellen. Die Verbesserung des makroökonomischen Index hätte normalerweise, wenn adäquate Strukturreformen diese begleitet hätten, eine Basis für ein dauerhaftes und beständiges Wirtschaftswachstum bringen müssen. Das derzeitige Regime war dieser Aufgabe nicht gewachsen. Selbst wenn das BIP durchschnittlich von 1999 bis 2005 um 2,7% pro Jahr gestiegen ist, verbleibt es mit einer ähnlichen Wachstumsrate - ungeachtet des Erdöls- unterhalb dem Wirtschaftspotential, welches die materiellen und sozialen Emergenzfähigkeiten besitzt und eher eine zweistellige Steigerungsrate bekannt geben müsste.

Der Anstieg der Erdölpreise hat gänzlich die defizitäre Situation der Staatsfinanzen und der Zahlungsbilanz, die 2005 beträchtliche Überschüsse hatte, umgestürzt. Die Inflation ist von mehr als 20% 1994 auf 3,1% 2005 wegen eines Preisrückgangs der vor Ort

produzierten Lebensmittel, die bis zu 50% der Konsumausgaben der Haushalte darstellen, zurückgegangen. Der Lebensmittelpreisrückgang ist die Folge eines größeren Angebotes der nicht getreidebasierten Produkte, verbunden mit Steuerermäßigungen für die kleinen Lebensmittelgeschäfte (die den Großteil des Nahrungsmittelmarktes darstellen) und wegen niederen Importpreisen. Ungeachtet dieser günstigen Konjunktur ist die Situation in Algerien wegen des Ölpreisschocks prekär. Der Ölsektor beherrscht unausweichlich weiterhin die Wirtschaft in Algerien, denn er beträgt 30% vom BIP. Er liefert zwischen 65-70% der fiskalischen Einkommen und stellt ungefähr 98% der Exporteinkommen dar. Die algerischen Exporte sind die am wenigsten diversiven in der Kategorie der Länder mit mittlerem Einkommen. 70% der Exporte - ohne Erdöl- sind nur für 5 Länder bestimmt, meistens in Südeuropa. Die meisten dieser exportierten Waren werden von Staatsunternehmen produziert, die vom Staat geschützt werden. Der Mangel an ökonomischer Diversifikation hat die Instabilität der Einkommen erhöht, während die Abhängigkeit hinsichtlich der Nahrungsmittelimporte nicht zurückgeht, - Algerien ist weltweite der größte Getreideimporteur, denn seine eigene Produktion deckt kaum die Hälfte seiner Bedürfnisse – und die anderen Wirtschaftsektoren bleiben in hohem Grade abhängig von importierten Produkten und besonders von Investitionsgütern.

Es wurde ein neuer Rahmen der Privatisierung erstellt, der im Widerspruch zu den Interessen der Nation und des öffentlichen Dienstes steht. Er hat aber wenig Erfolg, hauptsächlich wegen dem Mangel an ausländischen und nationalen Kapital, die investieren sollten.

Das gegenwärtige Regime war offensichtlich nicht fähig, weder die akute Abhängigkeit der Wirtschaft vom Ölexport zu verringern, noch ein vorteilhaftes Klima für Investition zu erschaffen.

4.6. Zerfall des Sozialsystems

Auf sozialer Ebene gibt es starke Spannungen und ein verallgemeinertes soziales Unbehagen, welche oft durch häufige Unruhen in allen Landesregionen zum Ausdruck kommen. Der Bürger fühlt sich von den Auswirkungen der finanziellen Besserung, die das Land erfährt, ausgeschlossen. Es kennt davon nur in seinem Alltag die Qualen der Unsicherheit, des Elends, der sozialen Ungleichheit, der Ungerechtigkeit, der ungerechtfertigte Bevorzugungen und der Korruption. Das Verhältnis zwischen dem Bürger und dem Regime und seinen Vermittlern bleibt explosiv.

Der Zugang zu den Basisdienstleistungen wie Information, Transport, Wohnungsmarkt und Wasser fehlen, während die Anfrage immer mehr wächst und die Qualität des Schulwesens und des Gesundheitsdienstes sich drastisch verschlechtert. Die Arbeitslosigkeit betrifft hauptsächlich die Jugendlichen, (80% der Arbeitslosen sind jünger als 30, wovon 76% zum ersten Mal Arbeit suchen) und die am wenigsten gebildeten Stadtbewohner.

Die sehr strengen Strukturanpassungsprogramme der neunziger Jahre, die unvollendeten Reformen und der Mangel als Dynamik der öffentlichen oder privaten Sektoren haben natürlich nicht zu den Wachstumsraten geführt, die erlaubt hätten, das Wohlergehen der Bevölkerung zu verbessern.

Die Schwächen des Erziehungssystems zeigten sich offensichtlich in der Begrenzung des Budgets. Es gibt hohe Ineffizienzen in der Ressourcenverteilung. Der Großteil des Budgets wird für die Gehälter verwendet, die im Vergleich zu anderen Maghrebländern niedrig bleiben und das Wenige, was übrig bleibt, ist für Investition und für Infrastrukturen bestimmt. Infolgedessen hat sich die Qualität der Bildung verschlechtert und die interne Effizienz des Schulwesens hat darunter gelitten.

Das Nichtvorhandensein einer konsequenten Politik im Schulwesen und die Ausgrenzung des qualifizierten Fachpersonals, das oft zur Auswanderung gezwungen wird, waren die Hauptfaktoren, die zu einer ernsten Verschlechterung auf allen Niveaus der Bildungsqualität geführt haben. Die algerischen Universitäten sind weniger gut beurteilt worden, als die Universitäten der weit ärmeren afrikanischen Länder. Die Studienprogramme sind überholt und haben sich nicht den Wirtschaftsbedürfnissen angepasst, was sich sehr auf die Konkurrenzfähigkeit der algerischen Wirtschaft auswirken wird und einen Beitritt zur WTO und eine Partnerschaft mit der Europäischen Union riskant erscheinen lässt, denn beide haben mehr politische Gründe als wirtschaftliche.

Entsprechend einer Studie, die Anfang Juni 2006 von dem *Centre nationale d'études et d'analyses pour la planification* (Ceneap) veröffentlicht wurde, betrifft der Schulwesenverfall etwa 32% der Bevölkerung zwischen 6 und 24 Jahren. So werden jedes Jahr 400.000 bis 500.000 junge Algerier ohne Qualifikationen auf die Strasse geschickt. Die Jugendlichen sehen in der Ausbildung kein Mittel mehr für sozialen Erfolg und viele unter ihnen verfallen der Kriminalität. Prostitution, Handel und Verbrauch von harten Drogen, Selbstmord und Tausende von ausgesetzten Kinder zeugen von Spaltungen und von tiefen sozialen Übeln.

Es gibt keinen Zweifel mehr, dass das aktuelle Regime durch seine Natur und mit seinen Methoden ungeeignet war, ein politisches, soziales und wirtschaftliches Umfeld zu erzielen, welches das Wirtschaftwachstum, die Beschäftigungslage, die soziale Kohäsion und die Reduzierung der Armut gewährleisten würde und die unfähig ist, die Kompetenz der öffentlichen Dienste zu verbessern (Justiz, Bildung, Gesundheit, Sozialschutz, Wasserversorgung, Wohnung, Bekämpfung der Korruption usw.)

4.7. Identitätskrise

In Algerien herrscht eine tiefgründige Identitätskrise. Sie besteht zwischen einer Mehrheit, die nicht an der Macht ist und die den Ausschluss der islamischen Grundprinzipien aus dem Zentrum des nationalen Lebens ablehnt und politische, kulturelle, linguistische und ideologische Entkolonialisierung fordert und einer mächtigen, ideologische Minderheit, die den Islam als ein veralteter Atavismus und als ein soziologisches Handikap ansieht, von dem man sich befreien sollte.

Dieser Identitätsbruch verdoppelt sich noch durch einen linguistischen Bruch zwischen antagonistischen Konzeptionen, in Bezug auf den Status vom Arabischen, vom Tamazigh und vom Französischen, was als Folge die Ausgrenzung vom Tamazigh und die Abriegelung des Arabischen hat.

Die Identitätskrise, die Algerien erlebt, wird ebenfalls durch die Antagonismen zwischen jenen verschlimmert, die die Eingliederung Algeriens in die arabisch- muslimische Welt loben und den Partisanen eines westlichen Algeriens. Der Konflikt zwischen der Tradition und der Modernität, sowie das regionalistische hin- und herziehen sind Faktoren dieser Krise.

4.8. Die Notwendigkeit einer politischen Alternative

Eine neue Bewegung in den Weg zu leiten rechtfertigt sich nur, wenn sie mit der ideologischen Verwurzelung der vorhandenen politischen Gruppierungen in Algerien, sowie ihren Organisationsstrukturen, ihren Verhältnissen zum Staat und zur Gesellschaft, ihren Rollen und Leistungen bricht. Denn man muss feststellen, dass sich die Verantwortung für die Sackgasse, in der sich Algerien heute befindet, nicht nur bei der Armee befindet, die über dem politischen System seit der Unabhängigkeit herrscht, sondern auch bei der zivilen, politischen Elite, die diese Verantwortung teilen.

Im Bezug auf Ideologie muss man feststellen, dass die Parteien durch übertriebene Parteilichkeit, sich weiterhin den Islam, die Nation oder die Demokratie als Maßstab aneignen und sie als Ausschlussinstrumente und für die Dämonisierung des Anderen benutzen, anstatt sie durch ein Programm, durch Handlungen und durch die Sensibilisierung des Volkes in Einklang zu bringen, um die algerische politische Identität aufzubauen.

Es herrscht in diesem Sinn ein ideologisches Durcheinander, weil dieses Verhalten in den politischen Parteien sich durch die Abwesenheit einer kohärenten Ansicht, in Bezug auf Freiheit, Justiz, zivilen und militärischen Beziehungen, Entwicklung, Grundbesitz, öffentliche Einnahmen, Produktion, Verteilung der Reichtümer, Globalisierung und internationalen Beziehungen, ausdrücken. Diese Kritik gilt sowohl für die Parteien, die an der Macht sind, als auch für jene der Opposition.

Man muss feststellen, dass einer der größten Fehler der politischen Parteien in Algerien ihre organisatorische Schwäche bleibt.

Die geographische Verbreitung der Militärputsche in der Welt hebt hervor, dass nur die politischen Gruppierungen, die gut organisiert und kohärent mit dem Volk sind, eine wirksame Opposition gegen die politische Gewalt sind. Die Anatomie der politischen Organisationen in Algerien erklärt, weswegen dies nie der Fall war.

Die Parteien, die der Macht nahe stehen, kooptiert oder von der DRS geleitet - wenn sie nicht durch sie gegründet wurden - funktionieren ohne Demokratie, ohne Transparenz und ohne interne Kontrolle. Sie sind finanziell fast gänzlich vom Regime abhängig und, anstatt Militanten und Führungskräfte auszubilden, bilden sie Schulen für Klientelismus, Wahlbetrug und Korruption.

Was die Oppositionsparteien betrifft, sind sie durch interne Konflikte geschwächt, die manchmal durch infiltrierte Elemente unterhalten werden, die für die DRS arbeiten, aber ebenfalls wegen Konflikte um die Führungspositionen, sowie wegen internen, schlechten Verwaltungen und wegen inadäquaten Methoden.

Diese Feststellung über die Beziehungen der politischen Parteien mit der Gesellschaft, ruft ebenfalls zu einer Alternative auf.

Einerseits kann man hervorheben, dass die Parteien, die mit dem Regime verbundenen sind, keine gesellschaftliche Verankerung haben. Ihre Interaktion mit der Gesellschaft beschränkt sich auf die Wahlkonjunkturen, wo sie als wirksame Beamte der Regimepropaganda handeln.

Andererseits, wenn einige politische Oppositionsparteien eine wirkliche gesellschaftliche Verankerung haben, muss man feststellen, dass es in Algerien keine aktive Oppositionskraft auf nationalem, regionalem und lokalem Niveau gibt, die in den wichtigen gesellschaftlichen Gruppen anwesend ist: Arbeitergewerkschaften, Bauernschaft, Berufsverbände, Studenten, Lehrer, Arbeitgeber, religiöse, karitative, kulturelle Organisationen, Frauenorganisationen, Sport- und Jugendvereine.

Obwohl diese Überlegungen über Ideologie, Organisation und Beziehungen mit der Gesellschaft schon die Initiierung einer politischen, alternativen Bewegung rechtfertigen, die fähig ist dieses Scheitern zu korrigieren, ist es die kritische Prüfung der Aufgaben und der Leistungen der politischen Parteien in Algerien, die diese Initiative notwendig machen.

Die wichtigste Aufgabe der Parteien, die der Macht nahe stehen, besteht nicht darin, die Probleme, die Beschwerden, die Rechte und die Verlangen der algerischen Gesellschaft in der politischen Arena hervorzuheben. Diese Parteien, die die politischen Zweige der DRS sind, ob Islamisten, Demokraten, Nationalisten oder Berberisten, erreichten das Parlament durch Wahlbetrug. Sie dienen dazu Staatsstreiche zu vereinfachen und zu legitimieren, die Übertretungen der Menschenrechte zu verbergen, die demokratische Vertuschung des Regimes aufrechtzuerhalten, die Entscheidungen der Machthaber auf der Ebene der Sicherheit, der Politik und der Wirtschaft zu legalisieren, sowie die echte politische Opposition anzugreifen.

Als Gegenleistung gewähren die Militärchefs ihren Komplizen Verantwortungsposten, lukrative Funktionen im öffentlichen Dienst, Privilegien, Bevorzugungen und Schutz. Auf diese Art wird das System, das auf Klientelismus, Wahlbetrug und Korruption basiert, verewigt.

Was die politische Opposition anbetrifft, konnte sie in der Öffentlichkeit, wenn sie die Gelegenheit hatte mit ihren wenigen verfügbaren Mitteln die diversen Meinungen der Gesellschaft verkörpern. Es ist auch zutreffend, dass die Oppositionsgruppen das Regime und die Regierungsaktivitäten in ernsten Momenten kritisiert haben. Jedoch bleiben diese Leistungen sehr weit entfernt vom Potenzial des populären Freiheitskampfes und von dem, was die algerische Gesellschaft von der politischen Opposition erwartet, die fähig ist, ihre Rolle zu übernehmen und das Volk zu mobilisieren und zu vereinigen, damit es sich von dem System der Repression befreit.

Dieser Misserfolg illustriert sich am Besten durch die Unfähigkeit der Opposition das Primat der Bürger gegenüber dem Militär im politischen Bereich zu errichten. Seit 45 Jahren nach der Unabhängigkeit ist es keiner Partei gelungen eine nationale Debatte darüber zu führen. Die Mehrheit der Bürger ist sich sicherlich seit Oktober 1988 der Dominanz des Militärs über das politische System bewusst geworden. Die Parteien sind aber nicht in der Lage gewesen eine Debatte über die Entscheidungszentren, die Einsatzorgane, die Mechanismen und über die Kontrolle der Armee, über die politische und die zivile Gesellschaft in Algerien, zu entfachen.

Fünfzig Jahre nach dem Misserfolg von einigen Führungskräfte der FLN, das Primat der Gesellschaft gegenüber dem Militär zu errichten, ist die politische Opposition nur im

Stande gewesen, mit denselben Phrasen wie einst, die militärische Inbesitznahme des Staates anzuprangern und hat bis zum heutigen Tag nicht seine Aufgabe übernommen, ein Programm vorzuschlagen, damit die gewählten Organe endlich das Militär durch einen Komplex von Gesetzen, von Institutionen, von Mechanismen kontrollieren, die die Macht des Militärs minimieren, beaufsichtigen und ausgleichen, ohne die Staatssicherheit in Frage zu stellen.

Man könnte diese Einschätzung der politischen Klasse als eine unerbitterliche Anklagerede oder ein Argument aus Eigennützigkeit ansehen, aber das Phänomen der Aufruhre, das sich dauerhaft auf dem ganzen Territorium seit mindestens sechs Jahren installiert hat, ist ein unleugbarer Beweis, dass der Raum leer ist von politischen Alternativen, zwischen der Gesellschaft und dem Regime, selbst wenn er von politischen Akteuren überfüllt ist. Wenn Politiker ihrer Aufgabe der politischen Vertretung und der Schlichtung nachgehen, fühlt sich die Gesellschaft angehört und greift nicht auf Gewalt zurück, um ihre Beschwerden zu äußern. Die Gefühle von Unzufriedenheit, von Ungerechtigkeit, von Ausschluss und Hoffnungslosigkeit, die durch diese Zornexplosion zum Ausdruck gebracht werden, stellen den Lauf und die Ergebnisse der gesamten Politiker in Frage oder zumindest der Opposition.

Die Militärmacht stellt sich taub dazu, denn sie ist es gewohnt sie zu bändigen und zu manipulieren, um seine internen Widersprüche zu regulieren. Diese Aufruhre bedeuten die endgültige Abstoßreaktion gegen das System und rufen zu einer neuen politischen Alternative auf.

Die gegenwärtige Situation Algeriens ist mehr als beunruhigend. Man hat allen Grund um die Zukunft Algeriens Angst zu haben, wenn nicht eine baldige hilfreiche, bürgerliche und verantwortliche Intervention unternommen wird.

Es wird für das algerische Volk lebenswichtig, eine Alternative für einen grundlegenden, verantwortungsbewussten Wandel vorzuschlagen, der seinen legitimen Überzeugungen, seinem Streben und seinen Ambitionen entspricht. Dies erfordert von den Initiatoren dieses Umbruchs Weitblick, Aufrichtigkeit, Selbstlosigkeit und Treue zu den essenziellen Werten unseres Volkes.

Die Rachad Bewegung entstand eindeutig um dieser Imperative zu entsprechen.

5. Rachad und seine Ziele

Die Rachad-Bewegung strebt nach einer radikalen Änderung der Machtkonzeption in Algerien. Sie wird sich bemühen einen Rechtsstaat und gute Regierungsführung durch die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten, die wirksam, rational, gerecht und transparent sind, auf den verschiedenen Staatsebenen im Land zu errichten.

Durch diese Zielsetzungen, ihre Methode und ihre Absichten ersucht Rachad ein populäres Instrument der Mobilisierung zu werden, um den Wandel durchzuführen, der den Algeriern letzten Endes erlauben wird, in einem freien Land zu leben, in einem Rechtsstaat, der durch ein System von guter Regierungsführung verwaltet wird.

Rachad ist keine politische Partei, denn sie glaubt, dass das amtierende algerische Regime keine echte politische Aktivität erlaubt, bei der sich Ideen gegenüberstehen könnten, die den Algeriern erlauben, ihre sozialen und bürgerlichen Verantwortungen auszuüben und in aller Freiheit jene zu wählen, die das Mandat haben, das Programm zu verwirklichen, für das sie gewählt worden sind. Rachad lehnt es ebenfalls ab eine Partei, in der heutigen politischen, algerischen Landschaft zu sein, um damit dem aktuellen Regime deutlich zu verstehen zu geben, dass Rachad nicht um eine Anerkennung betteln wird, die einerseits nicht nötig ist angefordert zu werden und die andererseits hervorheben würde, dass Rachad nur eine x-te Partei wäre, zugelassen von der amtierenden Macht .

Rachad hat die Absicht ein politisches, soziales und intellektuelles Potenzial für den Zusammenschluss zu sein und strebt nach einer wirklichen Änderung des politischen Systems. Denn nur ein Umbruch könnte die Algerier vollends befreien und ihnen einen demokratischen Raum garantieren, mit einer aufrichtigen, politischen Konkurrenz im Interesse aller Algerier.

Rachad will eine authentische Volksbewegung sein, die durch eine kollektive Führung verwaltet wird, welche sich bemüht, die Kriterien der guten Regierungsführung zuerst innerhalb ihrer Bewegung zu verwirklichen.

Rachad ist, per Definition, eine Bewegung, die sich der derzeitigen Macht entgegensetzt In keinem Fall wird sie akzeptieren, eine Position einzunehmen, die dieser Macht helfen könnte sich "umzuschulen".

Rachad ist offen für alle, die an dem befürworteten Änderungsprozess teilnehmen möchten.

Rachad wird gewaltlose Wege benutzen, um seine Ziele zu erreichen. Rachad beabsichtigt alle Kreise der algerischen Gesellschaft einzubeziehen.

Rachad ist überzeugt, dass keine politische Kraft allein den von den Algeriern erwarteten Umbruch durchführen kann. Rachad begrüßt jede Initiative, die darauf abzielt, Brücken zwischen den politischen Akteuren zu schlagen und Vertrauensbeziehungen aufzubauen, um zu einem Zusammenschluss beizutragen.

Im Kontext einer immer globalisierender werdenden Umgebung ist Rachad sicher, dass der Rechtsstaat und gute Regierungsführung in Algerien zum konkreten Aufbau des Maghrebs, sowie zur Verstärkung der Bindung der Völker aus dem Mittelmeerraum, aus Afrika, der arabischen Welt und der islamischen Welt und zur Unterstützung des Friedens und der Stabilität in der Welt, beitragen werden.

6. Werte und Grundsätze von Rachad

Da die Rachad-Bewegung keine politische Partei ist, hat sie nicht die Absicht, ein politisches Programm vorzuzeigen - welches in das Ressort der verschiedenen politischen Parteien fällt - sondern eine Plattform von Werten und Prinzipien vorzuschlagen, die die Basis bildet.

Rachad bemüht sich, dass die politische Instanz, die morgen Algerien regieren wird:
1) sich für einen Rechtsstaat engagiert
2) rechtsgültig 3) souverän 4) zivil 5) gerecht
6) sozial 7) weitblickend 8) partizipatorisch
9) kompetent 10) transparent
11) rechenschaftspflichtig sein wird.

Diese Instanz sollte die folgenden Werte und Prinzipien annehmen und verwirklichen:

6.1. Der Rechtsstaat

• Der Staat sollte auf die wirkliche Trennung der Exekutive, der Legislative und der Judikative achten;

• Der Staat sollte die Immunität der Ehre, die Würde, die Sicherheit des Lebens, der legitim erworbenen Besitztümer, der Rechte und des Privatlebens aller Bürger garantieren;

• Der Staat sollte politische, rechtliche, bildende und soziale Institutionen und Mechanismen installieren, die die Verteidigung und die Förderung der Menschenrechte aller Bürger garantieren.

6.2. Legitimität

• Eine Regierung ist rechtmäßig, wenn sie vom Volk durch freie und gleiche Wahlen gewählt wurde und sie den höchsten Interessen der Nation dient;

• Eine Wahl ist nur dann frei, wenn die Menschenrechte respektiert werden und die folgenden Freiheiten garantiert sind: Recht auf freie Meinungsäußerung, Vereinigungsfreiheit, die Freiheit als Wähler, Partei oder Kandidat zu einer Wahl antreten zu können, in Abwesenheit von Nötigung, freier Zugang zu den Urnen und die Freiheit der geheimen Wahl, Freiheit sich zu beschweren und die Irregularitäten in Frage zu stellen;

• Eine Wahl ist nur dann gleich, wenn die beauftragte Wahlverwaltung unparteiisch ist, das Wahlgesetz durch die Verfassung geschützt wird, das Wahlrecht universell ist und der Zugang zum Wahlbüro für alle garantiert wird, die Unterstützung und die Finanzierung der Wahlkampagne gerecht ist; die Auszählung der Stimmen offen und transparent ist, die Verfahrensweise der Regierung, der Polizei, der Armee und der Legislative mit den Parteien, den Kandidaten und den Wählern gerecht und ohne Nötigung ist;

• Die Anwendung von Gewalttätigkeit oder der Streitmacht, um sich an der Macht zu halten oder an die Macht zu gelangen sollte abgelehnt und nie toleriert werden;

• Der politische Regierungswechsel im Rahmen des Mehrparteiensystems sollte unter der Beachtung der Konstanten der Nation durchgeführt werden, die in der Verfassung

verankert sind, welche frei vom Volk verabschiedet wurde.

6.3. Souveränität

• Der algerische Staat sollte ein "souveräner, demokratischer und sozialer Staat im Rahmen der islamischen Prinzipien" sein, wie es die Erklärung vom 1. November 1954 festgelegt hat;

• Die politische Instanz sollte auf die Wahrung der Unabhängigkeit und der Sicherheit des algerischen Staats achten;

• Die politische Instanz sollte von jeglicher Einmischung einer inneren oder externen Lobby oder einer ausländischen Regierung freigemacht sein;

• Die politische Instanz sollte auf die Eliminierung von schwerwiegenden Formen der ökonomischen Abhängigkeit Algeriens achten und seine Unabhängigkeit in den strategischen Bereichen gewährleisten;

• Die Außenbeziehungen Algeriens sollten durch die Prinzipien der Zusammenarbeit, der Gegenseitigkeit und der Wahrung der gegenseitigen Interessen bestimmt werden;

• Jeder Vertrag universeller Reichweite, der von Algerien ratifiziert wurde, sollte respektiert werden.

6.4. Zivilbereich

• Der Staat darf in Algerien weder ein "Polizeistaat" noch ein "theokratischer Staat" noch ein "Laienstaat" sein;

• Die Armee und die Sicherheitsdienste sollten der Zivilinstanz und der Kontrolle vom Parlament untergeordnet werden;

• Die Armee sollte sich an ihre verfassungsmäßigen Pflichten halten, wie die Sicherung der Integrität des nationalen Staatsgebietes und der Verteidigung externer Bedrohungen;

• Die Armee sollte sich jede Einmischung im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich des Landes verbieten;

• Die Armee gibt zu, dass das Volk, von dem sie abstammt, der Inhaber der Souveränität ist; sie sollte die politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Änderungen respektieren, die sich aus der Ausübung dieser Souveränität ergeben.

6.5. Gleichberechtigung

• Der Staat sollte die Gleichberechtigung der Bürger vor dem Gesetz ohne Diskriminierung hinsichtlich der Hautfarbe, Rasse, Sprache, Geschlecht, sozialer Herkunft oder politischer Überzeugung garantieren;

• Der Staat sollte allen die Grundfreiheiten, individuellen und kollektiven Freiheiten im Rahmen der Verfassung garantieren;

• Der Staat sollte alle wesentlichen Bestandteile der algerischen Identität ohne Ausschluss oder Ausgrenzung anerkennen und fördern und zwar sowohl den Islam, als auch die Arabität und die Amazighität.

6.6. Sozialbereich

• Der Staat sollte die soziale Gerechtigkeit fördern und allen Bürgern ein würdiges und annehmbares Leben (Gesundheit, Bildung, Arbeit, Wohnung) garantieren;

• Der Staat sollte allen Bürgern das Recht auf politische, soziale, wirtschaftliche, kulturelle, und intellektuelle Emanzipation garantieren;

• Der Staat sollte alle Gewaltformen bekämpfen;

• Der Staat sollte sich für die sozialen Plagen einsetzen: Analphabetismus, Verarmung, Verfall der Moral, Drogenabhängigkeit, Kriminalität usw.

6.7. Weitsicht

• Der Staat sollte mit strategischer Sichtweite und vorausschauender Politik geführt werden;

• Der Staat sollte eine dauerhafte Entwicklungspolitik entwickeln, indem er besonders auf die gute Ausnutzung und die rationelle Verwaltung der Bodenschätze und aller Energiequellen und auf den Schutz der Umwelt achtet;

• Der Staat sollte das Gleichgewicht und die Komplementarität des regionalen Wirtschaftswachstums garantieren.

6.8. Partizipation

• Der Staat sollte sich um die Verwaltungsdezentralisierung bemühen und um die direkte Bürgerpartizipation, indem er den lokalen Versammlungen mehr Macht gewährt (wilaya, daïra und auf kommunaler Ebene) und indem er auf Volkskonsultationen zurückgreift;

• Der Staat darf das Vereinigungsrecht nicht behindern. Vereine, Gewerkschaften und Parteien sollten sich ohne vorherige Genehmigung der Verwaltung, durch eine einfache Erklärung, zusammenschließen können;

• Der Staat sollte die aktive Partizipation der Gesellschaft, in der Erledigung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufgaben, fördern.

6.9. Effektivität

• Der Staat sollte auf die ständige Reform der Verwaltung und auf die Reduzierung der bürokratischen Schwerfälligkeit achten;

• Der Staat sollte die öffentlichen Ausgaben in Anbetracht der sozialen Imperative optimieren;

• Der Staat sollte auf Respekt und auf die Förderung der Freiheitsgrundsätze der Betriebe achten, den freien Wettbewerb, der Rationalität, dem Gleichgewicht und der Rechtschaffenheit in jeder wirtschaftlicher und finanziellen Aktivität;

• Der Staat muss die Einsetzung von Kontroll- und Förderungssystemen durch " Amtskollegen" begünstigen, die den Verdienst nur mit Kompetenz verbinden;

• Der Staat sollte auf die Förderung der Bildung, des Forscher- und des Innovationsgeistes achten;

• Der Staat sollte die Außenkooperation in Anspruch nehmen, um Fachkenntnisse und Know-how zu erwerben;

• Der Staat sollte die harmonische Koexistenz zwischen den öffentlichen, privaten und Mischsektoren der Wirtschaft gewährleisten.

6.10. Transparenz

• Der Staat sollte die Einleitung von unabhängiger und glaubwürdiger konträrer Macht begünstigen, besondere die Pressefreiheit garantieren;

• Der Staat sollte Gesetze, Mechanismen und Organismen für die Kontrolle und den Kampf gegen die Korruption ausarbeiten;

• Der Staat sollte die Transparenz in den wirtschaftlichen und finanziellen Aktivitäten garantieren;

• Der Staat hat die Verpflichtung, eine Kontrollinstitution für die Staatsfinanzen und die öffentlichen Institutionen, ins Leben zu rufen;

• Der Staat sollte auf den Respekt und auf die Förderung der moralischen Werte und der Bekämpfung aller Korruptionsformen achten.

6.11. Rechenschaftspflicht

• Auf allen Staatsebenen sollte die gewählte Instanz dem Volk Rechenschaft ablegen;

• Das Volk verfügt über das Recht, die Entscheidungsträger durch angemessene legale Mechanismen zu sanktionieren und gegebenenfalls abzusetzen;

• Der Staat sollte die wesentliche Rolle der Versammlungen verstärken, die in der Ausübung der Finanzkontrolle des Staates und der öffentlichen Unternehmen durch Ausschüsse von Experten gewählt wurden;

• Der Staat sollte Prüfungen durch adäquate Instrumente, mit dem Recht auf Anfragung des Gerichts, fördern;

• Der Justizapparat sollte bevollmächtigt werden über jede festgestellte Unregelmäßigkeit frei zu ermitteln.

• Die Justiz sollte auf Grund von Beweisen, die während gerichtlicher Verfahren, in Anwesenheit der Parteien diskutiert wurden, die Konfiszierung der Reichtümer und der gesetzwidrig erworbenen Besitze und die Rückgabe an ihre legitimen Eigentümer oder notfalls an die Staatskasse gewährleisten und die Kapitalrückführung ins Heimatland der widerrechtlich angeeigneten nationalen Reichtümer.